5 Mio. € von Bund und Land für die Betreuung von Flüchtlingen in Bergkamen

5 Millionen Euro erhält die Stadt Bergkamen in diesem Jahr von Bund und Land für die Betreuung der rund 600 Flüchtlinge, die ihr direkt zugewiesen worden sind. Ein entsprechender Zuwendungsbescheid sei jetzt im Rathaus eingegangen, berichtete Beigeordnete Christine Busch in der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Senioren, Familien und Soziales.

Über 300 Menschen finden im großen Speisezelt Platz. Das Essen wird von einer Großküche geliefert.

Mit diesem Geld seien etwa 85 Prozent der Kosten abgedeckt, wenn dabei die Personalaufwendungen der Stadt mitberücksichtigt würden. Vor wenigen Jahren seien lediglich 40 bis 45 Prozent der Kosten erstattet worden. Den Rest habe die Stadt aus eigener Kasse tragen müssen.

Ein wesentlicher Grund dafür, dass die Stadt Bergkamen relativ wenig für Flüchtlinge ausgeben muss, ist die „Zeltstadt“ des Landes am Wellenbad. Sie hat eine Kapazität von über 600 Personen. Sie werden auf die Zahl von Flüchtlingen angerechnet, die die Stadt eigentlich nach dem sogenannten

Königsteiner Schlüssel hätte aufnehmen müssen.

Christine Busch gestand, dass ihr vor einigen Wochen doch sehr unwohl geworden sei, als sich die Nachricht verbreitete, dass die Zeltstadt“ Ende März aufgelöst und abgebaut werden soll. Auch eine feste Unterbringungseinrichtung für rund 1000 Personen, wie sie auf Grimberg 3/4 geplant war, war plötzlich in weite Ferne gerückt. Folge für Bergkamen: Sie hätte zu den 600 Flüchtlingen weitere aufnehmen müssen. Die dadurch entstehenden Kosten hätte den gerade verabschiedeten Doppelhaushalt der Stadt wäre sofort Makulatur geworden.

Ergebnis der jüngsten Gespräche mit Regierungspräsidentin Diana Ewert: Die Zeltstadt bleibt zunächst erhalten, die dann durch eine feste Einrichtung abgelöst werden soll.

Christine Busch sprach in diesem Zusammenhang von einem „Glücksfall“. Glück habe man auch gehabt, dass die Kapazität der „Zeltstadt“ längst nicht ausgeschöpft ist. Aktuell leben dort 350 Personen, die meisten sogar seit Anfang dieses Jahres. Vor wenigen Tagen hatte Christine Busch die Einrichtung mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Oliver Kaczmarek besucht.

Sie habe dort unter den Bewohnern eine gelöste Stimmung vorgefunden, berichtete sie. Das mag sicherlich daran liegen, dass von einer Überbelegung, die in anderen zentralen Unterbringungseinrichtungen zu erheblichen Spannungen unter den Bewohnern geführt hat, in Weddinghofen überhaupt nicht gesprochen werden kann. Den Familien werde vielmehr ein gewisses Maß an Privatsphäre ermöglicht. Auch kann die Versorgung mit Essen in dem großen Speisezelt ohne großen Stress gewährleistet werden.